

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 318

8. Sept. 2004

11. Jahrgang

Die Medien in der (Selbst-)Kritik

Ein anonym Brief, der in der ersten Augustwoche per E-Mail unter JournalistInnen und sozialen Organisationen kursierte, wirft der nationalen Presse Selbstzensur und Verschleierung von Information über Korruptionsfälle in der aktuellen Regierung vor. Die offensichtlich aus JournalistInnenkreisen stammenden BeschwerdeführerInnen drücken eine wachsende Besorgnis hinsichtlich der Beobachtung aus, dass die Medien parteiisch agierten und ihre Recherchen auf Korruptionsfälle der vorhergehenden Regierung und sozialen Organisationen konzentrierten derweil sie die aktuelle Staatsführung von ihrer Kritik verschonten. Die Studie „Die Demokratie in Lateinamerika“ vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (PNUD) (siehe ;Fijáte! 310) bestätigt laut dem Autor des vorliegenden Artikels, Matthew Creelman, in gewisser Weise diesen Verdacht, indem sie darauf hinweist, dass „der grosse Einfluss der Medien eine Restriktion für den Demokratie-Prozess gewesen ist“. Erschienen ist der nachfolgende Artikel in *Inforpress Centroamericana*.

Ein neuer Journalismus?

Seit der Wahlkampagne im Jahr 2003 hat sich der E-Mail-Verkehr zu einem wichtigen Mittel der Meinungs- und Informationsweitergabe über Themen von öffentlichem Interesse entwickelt. Auch wenn die Anonymität der Informationsquellen deren Nützlichkeit für die journalistische Arbeit in Zweifel zieht, beziehen sich durchaus inzwischen einige nationale Medien in ihren Artikeln auf diese anonym „gefilterten“ Quellen. Insbesondere beruht die Rubrik „El Peladero“ in der Tageszeitung *el Periódico* vornehmlich auf Tratsch und nicht bestätigten Informationen. In dem Anfang August per E-Mail verschickten anonymen Brief wird nicht nur auf mutmassliche Komplizenschaft zwischen Besitzenden und DirektorInnen der grössten Massenmedien und FunktionärInnen der amtierenden Regierung hingewiesen, sondern es werden auch konkrete Korruptionsfälle mit einigen dieser AmtsinhaberInnen in Verbindung gebracht.

Ausschnitte aus dem anonymen Brief:

„Verehrte Freunde, wir haben uns dazu entschieden, euch darüber zu informieren, was innerhalb der schriftlichen, TV- und Radio-Medien vor sich geht. Als ReporterInnen sind wir dafür zuständig, verschiedene Quellen abzudecken, in denen wir täglich die Nachrichten vorfinden, die wir versuchen, der allgemeinen Bevölkerung zukommen zu lassen.

Doch es gibt JournalistInnen unter uns, die damit konfrontiert sind, dass ihre Recherchen und Berichte von den Redaktionsleitungen unserer Presseorgane verändert oder ignoriert werden, vor allem, wenn es sich um die Aufdeckung von Korruptionsfällen geht, in die amtierende Regierungsleute involviert sind. Wir, das sind JournalistInnen der Tageszeitungen *Siglo XXI*, *Prensa Libre*, *Diario*, *La Hora*, *Nuestro Diario*, *Al Día*, *el Periódico*, den TV-Sendern *Guatevisión*, *Telediario*, *Notisiete*, *La Sonora* sowie den Radiosendern *Emisoras Unidas* und *Radio Punto*.

Mit diesem Schreiben erheben wir Anzeige:

Erstens: Tagtäglich wird unsere professionelle, akademische und physische Integrität durch folgende Faktoren bedroht: Als JournalistInnen sind wir in den letzten zehn Monaten Zeuginnen davon geworden, wie ökonomische Interessen die Wahrheit verdecken, wie diese Interessen unsere Kommunikationsmedien kaputt machen und wie sie sich einmischen, um zu ver-

hindern, dass die GuatemalteKInnen die ganze Wahrheit erfahren. Anfangs glaubten wir, dass es sich um einen Effekt der Wahlen handelt, der sich wieder legt, sobald die neue Regierung Fuss gefasst hat. Aber in den letzten sieben Monaten haben wir gesehen, dass dieses Phänomen inzwischen unvorstellbare, von einem Ende weit entfernte Ausmasse angenommen hat.

Die Beschneidung der Wahrheit geschieht jeden Tag aufs Neue in unseren Arbeitsstätten. Die Besitzenden der Medien nehmen durch die Redaktionsleitung parteiische Positionen zu Gunsten der aktuellen Regierung ein. Alle Nachrichten am Ende des Tages in die Redaktionsbüros und werden haargenau überprüft. Und die Artikel, in denen von irgendeinem Regierungsmitglied in negativer Form die Rede ist, werden gekürzt oder gleich archiviert. Als ReporterInnen glauben wir, dass die GuatemalteKInnen das Recht darauf haben, die Wahrheit über die täglichen Vorkommnisse zu erfahren und dass es nicht das Recht der Eigentümer der Medien ist, uns diese Freiheit zu nehmen. Wir glauben, dass jedeR, der/die gegen das Gesetz verstösst, ein Verbrechen begeht oder direkt oder indirekt in Korruptionsfälle verwickelt ist, angezeigt werden muss.

Wir sind zudem der Auffassung, dass die Presse stets aufmerksam diejenigen Aktionen verfolgen muss, die die Bevölkerung generell begünstigen oder benachteiligen. Wir als KommunikatorInnen dürfen nicht für oder gegen einen bestimmten Sektor Partei ergreifen. Einige PressekollegInnen sind vom Honig der wirtschaftlichen Macht verführt worden und haben sich darauf eingelassen, sich in UntertanInnen und RegierungsfunktionärInnen zu verwandeln, um die Wahrheit zu verdecken.

Zweitens: Wir haben eine Informationskampagne bei den verschiedenen Instanzen auf Regierungs-, Nichtregierungs- und internationaler Ebene begonnen, um auf unsere Arbeitssituation aufmerksam zu machen. Wir haben uns zur öffentlichen Bekanntgabe entschlossen, da wir der Meinung sind, dass es Pflicht des Nationalen Rechnungshofs, der Staatsanwaltschaft und des Innenministeriums ist, zu verifizieren, dass solche Vorkommnisse wie die genannten und der Bevölkerung bekannten, sich nicht wiederholen.

Entsprechend fordern wir den Menschenrechtsproku-

rator auf, eine Ermittlung innerhalb der Medienbetriebe zu starten, um unser Recht, die Wahrheit zu verteidigen, zu garantieren. Ebenso fordern wir die UN-Mission für Guatemala (MINUGUA) dazu auf, ihre Delegierten zu den verschiedenen Presseorganen zu schicken, um unsere hier vorgebrachten Anklagen zu überprüfen. (...)

(Es folgen Beschwerden über den Verkehr von Einflüssen und Korruption in der vorherigen, aber besonders in der aktuellen Regierungsverwaltung)

Guatemala, 02. August 2004"

Inforpress hat versucht, die Identität der AutorInnen dieser Nachricht herauszufinden, doch die befragten JournalistInnen konnten oder wollten keine Angaben über die Urheberschaft machen. Trotzdem bestätigten sie drei der Aspekte der dargelegten Situation.

In erster Linie behindern die Arbeitsbedingungen in den Redaktionen der meisten Medienunternehmen tatsächlich die Ausübung des Rechts auf Meinungsfreiheit. In zwei der drei Tageszeitungen gibt es keine Gewerkschaften und unter den JournalistInnen kursiert gar die Warnung, dieses Thema besser gar nicht anzuschneiden. Es ist die Rede davon, dass es weder festgelegte noch begrenzte Arbeitszeiten gibt.

Auch bestätigten einige der befragten JournalistInnen, die ihre Identität nicht preisgeben wollten, dass die DirektorInnen der Presseorgane sorgfältig die Recherche-Agenden und Mitteilungen überwachen und Themen wie Korruption in der derzeitigen Regierung, Privilegkonditionen für grosse Firmen des Landes oder jegliche kritische Äusserung über die Medien selbst, änderten oder ablehnten.

Schliesslich kamen die Konsultierten zu dem Schluss, dass das Fehlen und der Ausschluss dieser Themen auf die politischen Verpflichtungen ihrer DirektorInnen und der Medienbesitzenden zurückzuführen sei.

Ignorierte Klagen

Da der üblicherweise praktizierte Journalismus immer mal wieder Rückgriff auf unbestätigte Informationen tätigt und oft Behauptungen aufstellt werden, ohne die Position der entsprechenden Person einzuholen, sollen die in dem Brief aufgeführten Fälle nicht ins Detail verfolgt werden, solange sie nicht bestätigt sind. Entsprechend beschränken wir uns hier auf die grobe Wiedergabe einiger Anschuldigungen.

- Der Wechsel des Innenministers stünde in Verbindung mit einem unlauteren Geschäft mit 80 Streifenwagen;

- Der Kauf von Medikamenten seitens des Gesundheitsministeriums sei zugunsten von Unternehmen getätigt

worden, in denen ministeriale FunktionärInnen Teilhabende seien;

- Mittels des Landfonds FONTIER-RAS sei eine überbewertete Finca verkauft worden, die Eigentum des Innenministerium war, und andere anormale Geldzahlungen seien vom Fonds getätigt worden;

- Die Vorwürfe der Korruption betreffen auch Regierungsmitglieder der alten Amtsführung, die unter der neuen weiterhin wichtige Posten innehätten;

- Es seien Schmiergelder geflossen, um den Nachrichtenfluss zu beeinflussen, zudem seien Arbeitsplätze in der Regierung zu Gunsten befreundeter oder affiner JournalistInnen vergeben worden;

- Zwischen einem Kooperativenverband und einer Ländlichen Entwicklungsbank hätten unerlaubte Finanzierungen stattgefunden: Der Verband habe einen Kredit beantragt und damit Aktien derselben Bank gekauft, inzwischen sei der Geschäftsführer des Verbandes Präsident des Bankenvorstandes.

„Dies sind nur einige der Informationen, die an die Presse gelangten. In manchen davon wurden die Ermittlungen aufgenommen, konnten jedoch aufgrund der Unternehmenspolitik nicht beendet werden. All diese Anzeigen sind mit den dazugehörigen Beweisen an die zuständigen Behörden weitergeleitet worden, doch bis dato sind noch keine Untersuchungsschritte aufgenommen worden.“ So endet der Brief.

Ende der Flitterwochen?

Inforpress befragte einige JournalistInnen hinsichtlich ihrer jeweiligen Arbeitssituation. Ohne Ausnahme beschwerten sich alle über zwei Probleme: Heilige Kühe und Verleumdungskampagnen. Nie würde kritisch über Werbung schaltende Unternehmen berichtet. Beispielsweise gelangten die hohen Zwischenhandelsgewinne von Supermärkten nie an die Öffentlichkeit, um nicht das Risiko einzugehen, die Werbeeinnahmen zu verlieren.

Fälle der Steuerhinterziehung oder Zollkorruption, die Produzenten und Importeure von Hühnchen belangten, seien ebenso wenig Thema für journalistische Recherchen. Einer der angesprochenen JournalistInnen stellte die Entscheidung von *el Periódico* in Frage, die an einer Hand abzählbaren Anomalien in den Organisationen zu recherchieren, die zur *Plataforma Agraria* gehörten, während dessen kein einziges Medium ernsthaft den Anzeichen der Steuerhinterziehung in Millionenhöhe nachgehe, die von grossen Unternehmen und Kommunikationsmedien begangen würden.

In der Woche, nachdem der Brief in Umlauf gebracht wurde, war dessen Inhalt Diskussionsthema unter den Journa-

listInnen, die die verschiedenen Quellen abdecken. Doch niemand, weder KolumnistInnen noch LeitartiklerInnen, traute sich, das Thema direkt anzugehen.

Eine konsultierte Quelle schreibt einen Teil der regierungsfreundlichen Umgangsweisen der Presse den traditionellen „Flitterwochen“ von Medien und neuer Regierung in den ersten Monaten der Amtsführung zu. Diese Wahrnehmung wurde Anfang des laufenden Jahres gestärkt durch die massive gerichtliche Verfolgung von FunktionärInnen der vorherigen Regierung und deren flächendeckenden Berichterstattung in allen Medien. Monatlang belegten die schwerwiegenden Vorwürfe gegen den Regierungsklan der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) die Schlagzeilen und lenkten von dem völligen Fehlen jeglicher Berichterstattung über mögliche Korruptionsvorfälle unter Oscar Berger ab.

Doch in den letzten Monaten drückten sich die Risse in der labilen Allianz, die Berger ins Präsidentschaftsamt gehoben hat, in einer stärkeren Öffnung der Medien aus. Dennoch vermögen die politischen Veränderungen die grundlegenden Strukturen in den Verlagshäusern nicht zu beeinflussen. Diese Strukturen, die dazu neigen, die Interessen ihrer Besitzenden und den WerbekundInnen zu begünstigen und sich in Wahlzeiten an ihren KandidatInnen zu orientieren, beinhalten gleichsam eine Perspektive, die generell die wirtschaftliche Globalisierung, die Freihandelsabkommen und die Wirtschaftsvorschläge des Privatsektors favorisiert.

Derweil sind die Verteilung des Reichtums, die strukturellen Hintergründe der Korruption und die Suche nach Lösungen für die Agrarkrise Tabuthemen in den meisten Massenmedien.

Die Macht der Presse

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (PNUD) hat in seiner Demokratiestudie ein Kapitel dem Thema der Kommunikationsmedien gewidmet.

„Mit Hilfe der Presse konzentrieren die Unternehmenden noch mehr Macht auf sich, sei es, weil sie ihre EigentümerInnen sind oder weil sie mittels der Steuerung von Werbung entsprechende Konditionen stellen. Diese Allianz ermöglicht ihnen die Macht, die Diskussionsthemen zu bestimmen und Einfluss auf das öffentliche Image von FunktionärInnen, politischen Parteien und Institutionen zu üben“, so der PNUD-Bericht.

Bemerkenswert am Verfahren der Presse sind die Selektivität, mit der sie die herrschende Korruption recherchiert – nämlich als parteipolitisches Problem und nicht als strukturelles – und die Popularisierung vom politischen Geschehen, was vornehmlich in den „Klatsch- und

Tratschspalten“ passiert.

Eine Analyse der entsprechenden Kolumne „El Peladero“ (das Wort „pelar“ kann u.a. sowohl „lästern“ als auch

„(Hühnchen) rupfen“ heissen, die Red.) in *el Periódico* zeigt auf, dass es zwei grosse Leerstellen in den Gesellschaftskreisen gibt, die normalerweise Zielscheibe für die

Sensationspresse sind: Mitglieder wichtiger Unternehmensfamilien und Direktoren der Pressemedien werden selten Opfer der anonymen Gerichteckliche.

Kritik an Bergers Sicherheitsrat

Guatemala, 16. Aug. Der Anfang Juni eingesetzte beratende Sicherheitsrat (CAS), zusammengesetzt aus VertreterInnen der Zivilgesellschaft (siehe ¡Fijáte! 313) hat zur Aufgabe, den Präsidenten in sicherheitspolitischen Fragen zu unterstützen und eigene Vorschläge auszuarbeiten, um gegen die herrschende Gewalt vorzugehen. Nach drei Monaten muss aber eine triste Bilanz über die Tätigkeit des CAS gezogen werden: Seine Arbeit ist weitgehend unbekannt, der Präsident hat seine BeraterInnen in heiklen Situationen, z.B. als er den Innenminister auswechselte, nicht zu Rate gezogen und überhaupt haben bisher erst zwei Sitzungen des Rates mit dem Präsidenten stattgefunden.

„Eigentlich müssten wir in der Hierarchie über den MinisterInnen stehen, doch wir fühlen uns nicht in der Lage, fundierte Vorschläge zur Sicherheitspolitik zu machen, da uns trotz Insistieren

die notwendigen Informationen nicht zur Verfügung gestellt werden,“ kritisiert das CAS-Mitglied Carmen Rosa de León.

Erstaunt hat auch, dass am 26. Juli, bei der Einsetzung der Elite-Truppen (Polizei/Armee), niemand vom CAS eingeladen war, obwohl er bei der Begrüssung genannt wurde. Mitglieder des CAS beschwerten sich, dass es auch 14 Tage nach Einsetzung des neuen Innenministers, Carlos Vielmann, nicht möglich war, einen Termin mit diesem zu vereinbaren. „Der Regierung fehlt es an einer Sicherheitsstrategie, es werden isolierte Massnahmen getroffen, um das jeweils Dringlichste anzugehen, aber darüber hinaus läuft nichts und das ist auch der Grund, weshalb wir nicht hinzugezogen werden,“ beklagte sich ein CAS-Mitglied, das anonym bleiben wollte.

Derweil bezeichnet die Koordinatorin des CAS, Adela Torrebiarte, die Bezie-

hung zum Präsidenten als „gut, weil er uns schliesslich ausgewählt hat“. Weiter forderte sie von den KritikerInnen Verständnis und etwas Geduld.

Auch Präsident Berger hat für seine SicherheitsberaterInnen aus der Zivilgesellschaft nur lobende Worte: „Die Arbeit des CAS ist sehr wertvoll und bald werden wir ihn zu einer Sitzung einladen, um unsere neue Sicherheitspläne vorzustellen.“

Verschiedene soziale Organisationen kritisierten den CAS für seine fehlende Kritik an der Sicherheitspolitik von Berger und bezeichneten ihn als Dekoration. „All diese Leute (Helen Mack, Sandra Murallas oder Carmen Rosa de León) haben hervorragende Arbeit geleistet, als sie noch ihre Organisationen vertraten. Jetzt, wo sie für die Regierung arbeiten, sagen sie nichts mehr“, so das vernichtende Urteil von Orlando Blanco von der *Koordination der sozialen Organisationen* (COS).

Gemeinsam gegen die Gewalt

Guatemala, 1. Sept. Tausende sind am 13. August einem Aufruf des Menschenrechtsprokurators Sergio Morales und der katholischen wie evangelischen Kirchen gefolgt und haben sich unter dem Namen *Frente contra la Violencia* zu einer Demonstration gegen die Gewalt und in Solidarität mit den Opfern zusammengefunden.

Bereits vor der Manifestation riefen die Kirchen dazu auf, an den ersten beiden Sonntagen im August Gottesdienste in Gedenken an die Gewaltopfer abzuhalten und für ein Ende der Gewalt zu beten. Erzbischof Rodolfo Quezada Toruño erhielt die „Warnung“ sich besser nicht der *Frente contra la Violencia* anzuschliessen, worauf er jedoch entgegnete: „Sowohl die Bibel wie die Verfassung rufen zum Schutz des Lebens auf, weshalb soll ich mich also nicht dafür einsetzen?“

Mit der *Frente contra la Violencia* (FCV) will Morales ein breites Bündnis (bereits über 400 soziale Organisationen haben sich landesweit der FCV angeschlossen) sowie einen Ort der Reflexion, Sensibilisierung, Bildung und Kontrolle in Sachen Sicherheit schaffen. In verschiedenen Landesteilen haben sich regionale *Frentes* gebildet, so z.B. in Izabal, Sololá, Quetzaltenango, Quiché und anderen Orten, wo am 13. August ebenfalls Proteste gegen die Gewalt

stattfanden.

„Bewegend“ lautete das allgemein geteilte Attribut, mit dem die Demonstration vom 13. beschrieben wurde. Menschen aller sozialer Schichten nahmen teil, die meisten von ihnen weiss gekleidet, einige mit Transparenten auf denen sie ein Ende der Gewalt forderten, andere mit Schildern, auf denen die Fotos ihrer ermordeten Familienangehörigen oder FreundInnen abgebildet waren. Präsident Berger sah sich derweil gezwungen, den Staatsangestellten frei zu geben, damit sie an der Demonstration mitmachen konnten. Er selber weilte an diesem Tag in der Dominikanischen Republik auf Staatsbesuch. An seiner Stelle versuchte Vizepräsident Eduardo Stein an der Schlusskundgebung auf der *Plaza de la Constitución* das Mikrofon an sich zu nehmen, wobei es zu einem Disput zwischen Vizepräsident und Menschenrechtsprokurator kam. Abgemacht war nämlich, dass es bei der eher schweigenden Demo keine Reden geben solle, dass sich niemand mit dieser Aktion und mit dem Thema profilieren könne. Einzig zwei Kinder sprachen zum Schluss zu den Demonstrierenden.

Gemäss Morales geht die Arbeit der *Frente* weiter: „Die Demonstration war ein Mittel, kein Ziel.“ Als nächste Aktivität will die FCV am 14. September dem Präsidenten eine Liste mit Vorschlägen

für Massnahmen überreichen, wie die Gewalt eingedämmt werden könnte. Ebenfalls wurden vier Arbeitsgruppen gebildet, in denen VertreterInnen der Zivilgesellschaft zu verschiedenen Themen im Bereich Sicherheit weiter arbeiten wollen.

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Gewaltsame Räumung der Finca Nueva Linda, Retalhuleu

Retalhuleu, 1. Sept. Eine Woche bevor der Zeitraum von 90 Tagen endete, in dem die Regierung auf die Forderung der BäuerInnen vom 8. Juni definitive Lösungsvorschläge für die Landfrage präsentieren sollte, wurde am 31. August die Finca *Nueva Linda* im Munizip Champerico, Retalhuleu von 1000 Spezialkräften der Nationalen Zivilpolizei (FEP), unter Gewalt- und Waffenanwendung geräumt. Rund 1'500 Personen halten die Finca als Druckmittel besetzt, um das Wiederauftauchen ihres Kameraden, dem früheren Administrator der Finca, Héctor Réne Reyes, zu fordern, der seit genau einem Jahr verschwunden ist.

Die geräumte Finca gehört dem spanischen Grossgrundbesitzers Carlos Vidal Fernández, der zusammen mit seinen Sicherheitskräften von den BesetzerInnen für das Verschwinden von Reyes verantwortlich gemacht wird. Noch vor einer Woche erklärten die BäuerInnen vor laufenden Fernsehkameras ihre Bereitschaft, die Finca friedlich zu räumen, wenn sie dafür ihren *Compañero* wieder bekämen.

Die genaue Zahl der Opfer der Gewaltaktion von Dienstag ist noch nicht bestätigt, die Rede ist von 6 toten Bauern und 3 toten Polizisten (bzw. von 5 toten Bauern und 7 toten Polizisten) und zahlreichen Verletzten. Über 30 BäuerInnen wurden verhafteten, von anderen ist ihr momentaner Aufenthaltsort nicht bekannt. Eine Reihe von JournalistInnen wurde von den Polizeikräften verprügelt, welche durch die Wegnahme von Foto- und Filmequipment jegliche Beweise ihres vandalistischen Übergriffs auf die Finca vernichten wollten. Pressemitglieder bezeugten, dass die Bauern auf offenem Feld erschossen wurden, einige Agenten die Leichen mit Füßen getreten und „Victoria“ (Sieg) gerufen hätten. Im Fall von einem 17-jährigen Campesino wurde unterdessen bestätigt, dass er mit einem gezielten Schuss in den Kopf exekutiert wurde, vier Leichen weisen Schüsse in die Rücken auf und Spuren brutaler Schläge. Weiter wurden Wohnhäuser und Vieh der BäuerInnen in Brand gesetzt. Inzwischen kursiert das Gerücht, dass weitere Leichen in Klärgruben geworfen wurden. Die entsprechenden Gruben wurden gefunden, konnten jedoch bisher mangels einer Exhumierungsverfügung nicht untersucht werden.

Der Vertreter des BäuerInnenkomitees CNOC, Gilberto Atz, verwies darauf, dass die BesetzerInnen lediglich Widerstand gegen die bewaffnete Gewalt der Polizei geleistet hätten und auch der Kongressabgeordnete Alfredo de León (*Allianz Neue Nation*, ANN) bestätigte die Anzeichen, dass die Arbeitenden sich le-

diglich mit Gegenständen von Haus und Hof verteidigt hätten. Innenminister Carlos Vielmann jedoch beschuldigte die BäuerInnen, Mitglieder des organisierten Verbrechens zu sein, während die Polizei, ihrerseits nur mit Schlagstöcken bestückt, die Räumung vorgenommen hätte. (Was nicht stimmt, erschien doch in den Tageszeitungen Fotos von mit AK-47 bewaffneten PolizistInnen.) Vielmann wurde sekundiert von Präsident Bergers Version des Geschehens, gemäss der die RegierungsvertreterInnen versucht hätten, mit den BäuerInnen in Dialog zu treten, doch von diesen mit schussbereiten Waffen empfangen worden wären, ein Zeichen des fehlenden Willens zu einer Einigung mit der Regierung. Danach hätten sie nur ihre Pflicht getan und falls sie bewaffnet gewesen seien, dann bloss zu ihrer Verteidigung. Auch Militäreinheiten tauchten am Ort des Geschehens auf, laut Innenminister Carlos Vielmann „um das Terrain zu sichern“.

Die BesetzerInnen von Nueva Linda gehörten nicht zur organisierten BäuerInnenbewegung sondern funktionierten stattdessen wie eine „paramilitärische“ Struktur, so Berger, was ihn gemäss eigener Worte von der Verpflichtung entband, sich an den mit den BäuerInnenorganisationen abgemachten „Waffenstillstand“ (keine weiteren Besetzungen seitens der *Campesin@s*, keine Räumungen seitens der Regierung) zu halten.

Eminente Verachtung handelte sich Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú durch ihren Kommentar gegenüber nationaler und internationaler Presse ein, in dem sie Vielmanns Anschuldigung gegenüber den BäuerInnen unterstützte und mit der Position der Regierung übereinstimmte, dass die BesetzerInnen „Delinquente“ seien und dass es keinen Dialog gäbe, solange die Gemeindeglieder „nicht ihre Waffen abgeben“, die diese mutmasslich besässen. BäuerInnen, Indígenas und Ladin@s bewerteten diese Haltung der „Heldin und Verteidigerin der ethnischen Gemeinden und der Armen“ indes als Anbiederung und politischen Seitenwechsel, zu dem sie sich durch ihren Posten als *Botschafterin des guten Willens für die Umsetzung der Friedensverträge* offenbar verpflichtet fühlt.

Das Vorgehen der Regierung wird weitläufig verurteilt. So bekundeten einige Kongressparteien wie die *Revolutionäre Einheit Guatemalas* (URNG), die *Patriotische Partei* (PP) und die ANN sowie die ArbeiterInnengewerkschaft (CGTG), das *Erzbischöfliche Menschenrechtsbüro* (ODHA), der *Nationalrat der Vertriebenen von Guatemala* (CONDEG) und die *Gruppe gegenseitiger Hilfe*

(GAM) den BesetzerInnen von *Nueva Linda* ebenso ihre Solidarität wie die BäuerInnenorganisationen. Rafael Chanchavac vom CNOC nahm folgendermassen Stellung: „Wir werden nicht akzeptieren, dass die BäuerInnen wie VerbrecherInnen behandelt werden oder behauptet wird, dass sie am Drogenhandel beteiligt seien. Auch wenn sie nicht Mitglied unserer Organisation sind, gebührt ihnen unsere moralische Unterstützung.“ Gilberto Atz (CNOC) bezeichnet die Räumung als Bruch des Pakts zwischen BäuerInnen und Regierung und eindeutiges Zeichen für die bestehende Repression durch den Staat, dessen Anführer, Präsident Berger, allein die Interessen der Oligarchie vertrete. Die Gewalt vom 31. August erinnere an die militärischen Massnahmen während des bewaffneten internen Konflikts. In der Hauptstand fanden sich am 1. September rund 500 Personen spontan zu einem Demonstrationzug zusammen, um dem „Tag der Trauer für den *Campesin@s*-Sektor“, wie der umgehend genannt wurde, zu gedenken.

In Übereinstimmung mit dem CNOC hält Menschenrechtsprokurator Sergio Morales das Innenministerium und den Departementsgouverneur für die Verantwortlichen und wiederholte bei seiner Anhörung vor dem Kongress, von dem er genauso wie Innenminister Vielmann zur Aufklärung des Geschehens zitiert wurde, seine Feststellung der Tatsachen, dass die BäuerInnen durch ihre Besetzung der Finca kein Land, sondern lediglich Justiz im Fall des verschwundenen René Reyes gefordert hätten. Im Gegenzug von dessen Auslieferung und der Verhaftung des/r Verantwortlichen hätte die Besetzung beendet werden sollen. Die PDH hat unterdessen eine Untersuchung der Geschehnisse eingeleitet und will in mindestens einem Fall Anklage wegen aussergesetzlicher Hinrichtung gegen Angehörige der Polizei erheben. Der Kongress verurteilte das Massaker an den besetzenden BäuerInnen einstimmig und legte in seiner Sitzung vom Mittwoch, dem 1. September, eine Gedenkminute für die Opfer und deren Familien ein.

Auch wenn der Kongressabgeordnete des Departements von der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE), Raúl Robles ebenfalls darauf verwies, dass es sich bei der Besetzung nicht um eine Aktion der Landforderung handelte, bewertete CNOC-Leiter Daniel Pascual den Vorfall als Anzeichen für das potentielle Ausmass, das der Konflikt in der nächsten Zeit annehmen könnte: In Guatemala gibt es 900 Landkonflikte, 130 besetzte Fincas, auf rund 50 von ihnen stehen Räumungsbefehle aus.

Campesin@ - Bewegung zwischen Erfolg und Spaltung

Guatemala, 31. Aug. Am vergangenen 29. Juli einigten sich VertreterInnen der *Plataforma Agraria* (PA), eine Vereinigung diverser BäuerInnenorganisationen, mit Vizepräsident Eduardo Stein und Landwirtschaftsminister Álvaro Aguilar auf die Bildung einer Kommission, deren Aufgabe die Evaluation des Dekrets 475-2002 ist. Das Dekret definiert die Bekämpfung der andauernden Kaffeekrise als von „nationalem Interesse“ und „sozialer Dringlichkeit“. Vertreten in dieser Kommission sind der Landfonds (FONTIERRAS), die Universität Rafael Landívar, das Generalsekretariat für Wirtschaftsplanung (SEGEPLAN), das Landwirtschaftsministerium und eben die *Plataforma Agraria*. Eine der Aufgaben der Kommission soll sein, die Differenzen zu klären, die sich zwischen der PA und dem Landwirtschaftsministerium in Bezug auf die Verwaltung von Geldern ergaben, mit denen betroffene BäuerInnen ein Stück Land pachten und darauf für den Eigenanbau anpflanzen können.

Bis zur Einsetzung der Kommission belief sich die Forderung der PA auf einen Fonds über 104 Mio. Quetzales (ca. US-\$ 13 Mio.) für die BäuerInnen. Zeitgleich stellte die Regierung ihren „Nationalen Landwirtschaftsplan“ vor, der die Einrichtung eines um einiges kleineren Fonds vorsieht als der von *Plataforma* geforderte, der gemeinsam von FONTIERRAS und dem Landwirtschaftsministerium verwaltet werden soll. Daraus soll jede Bäuerin, jeder Bauer ein Darlehen von 1000 Q, einen Subventionsbeitrag von 1300 Q und Werkzeuge oder Lebensmittel im Wert von 700 Q erhalten, total also 3000 Q (ca. US-\$ 375) pro Person. Insgesamt sollen 45'000 Familien durch diesen Plan begünstigt werden. Während sich VertreterInnen der *Plataforma* erstaunt darüber zeigten, dass die Regierung ihren Plan präsentierte, bevor die Kommission die Ergebnisse ihrer Evaluation vorgelegt hat, begrüsst Daniel Pascual vom BäuerInnenkomitee (CUC) die Initiative der Regierung als positiv, bezeichnet sie jedoch als eine gänzlich ungenügende Lösung der Landproblematik.

Derweil die in der *Plataforma Agraria* zusammengeschlossenen BäuerInnen ihren Druck auf die Regierung mittels Demonstrationen auf die Strasse tragen, schlossen sich andere Organisationen wie die *Nationale Indígena- und BäuerInnenkoordination* (CONIC) oder die *Nationale Koordination von BäuerInnen-Organisationen* (CNO) diesen jüngsten Protesten nicht an – mit Ausnahme des *Nationalen Streiks* vom 8. Juni, an dem auch andere soziale Bewegungen teilnahmen.

Diese Distanzierung von CONIC und CNO gegenüber der *Plataforma* hat mit inhaltlichen Differenzen zu tun, wie z.B. der Forderung der PA nach dem 104 Mio.-Fonds, die von den beiden anderen Organi-

sationen nicht geteilt wird.

Rigoberto Montero von der CONIC spricht von unterschiedlichen Strategien. Diejenige der *Plataforma* verfolge tendenziell eine Verbesserung der momentanen Situation, während die CONIC eher strukturelle Veränderungen anstrebe, wie z.B. eine Landreform oder die Erarbeitung eines nationalen Katastergesetzes. Ähnlich beschreibt es Carlos Arriaga von der CNO. Die *Plataforma* setze sich für punktuelle Verbesserungen ein, während die Organisationen, die er vertrete, eine Politik verfolgten, die den Forderungen der BäuerInnenbewegung entspreche und die einen Landkampf und eine ländliche Entwicklung auf lange Sicht verfolge.

Ein Beispiel für die eher punktuelle Arbeitsweise der *Plataforma* ist ihre Absicht, gemeinsam mit der Landpastorale der Diözese Quiché die beiden Fincas *Estrella Polar* und *La Perla* zu kaufen, beide in umstrittenen Besitzverhältnissen. Verhandelt wird mit den heutigen „Besitzern“, traditionellen Grossgrundbesitzern, welche die Fincas im Rahmen der Aufstandsbekämpfungsmassnahmen im Quiché „erworben“ haben. Kritisiert an diesem Vorgehen wird, dass allein das Verhandeln mit den Finqueros diese als rechtmässige Besitzer legitimierten und dass die ganze blutige Geschichte der Region, in welcher die Finqueros keine unwesentliche Rolle spielten, sowie der langjährige Kampf der Campesin@s um ihr Land unbeachtet blieben.

Ursula Roldán von der PA wirft ihrerseits den beiden anderen Organisationen vor, ihre Ziele via Verhandlungen mit dem Landfonds erreichen zu wollen, dabei habe sich doch gezeigt, dass diese Institution nicht in der Lage sei, kurzfristig irgendwelche Pro-

bleme zu lösen. Aktuell sei die Situation dermassen dramatisch, dass erst einmal die dringendsten Probleme angegangen werden müssten. Diese unmittelbaren Probleme zu lösen sei im Moment das Ziel der *Plataforma*, doch verfolge auch sie eine längerfristige Politik, die in ihrem Strategiepapier *Abriendo Brechas* definiert sei, erklärt Roldán.

Auch wenn es verständlich ist, dass die verschiedenen Organisationen ihre je eigenen Strategien und Methoden entwickeln, um im Kern das selbe Ziel zu verfolgen, stellt sich die Frage, ob sie es sich leisten können, unabhängig voneinander zu arbeiten. Ebenso scheint es, dass das Geld das seine zur Spaltung der BäuerInnenbewegung tut. Die Strategie der Regierung geht voll auf, einen Teil der Bewegung zu Verhandlungen zu bewegen (die in der Regel zu keinem Erfolg führen), diese somit zu spalten und zu schwächen und andererseits das Image von „Demokratie“ aufrechtzuerhalten.

Sobald Geld im Spiel ist, tritt auch ein gewisses Konkurrenzverhalten zwischen den Organisationen zu Tage, wie z.B. die Aussage eines CONIC-Führers zeigt: „Wenn die Regierung bereit ist, mit der *Plataforma* über 104 Mio. Quetzales zu verhandeln, können wir den selben Anspruch geltend machen, denn wie ist es möglich, dass nur die Forderungen einer Gruppierung erfüllt werden?“

Doch sowohl Arriaga wie Roldán sind sich der Gefahr bewusst, zum Spielball der Regierung zu werden und sie sind sich einig darin, dass es eine soziale Kraft braucht, die gemeinsame Interessen vertritt. Speziell gegenüber der aktuellen Regierung, die sich immer offener mit den Interessen der Wirtschafts- und Oligarchiesektoren identifiziert, denn mit den sozialen Sektoren.

Frauen und Landverteilung

Guatemala, 30. Juli. Anlässlich der Präsentation der „Politik der Geschlechtergerechtigkeit beim Landfonds“ kommt dieser, FONTIERRAS, zu dem Schluss, dass es einer der grössten Fehler der Vergangenheit war, die Rechte der Frauen auf Landbesitz zu wenig berücksichtigt zu haben. Gemäss dem Geschäftsführer von FONTIERRAS, Manuel de Jesús Godínez, wurden die neuen politischen Richtlinien unter breiter Beteiligung von Frauen erarbeitet. Die Vereinigung der Bäuerinnen, koordiniert von Rosario Pu, ehemaliger Vorstandsfrau des CUC, führte auf mehr als sechs Fincas Workshops mit Frauen durch und erarbeitete eine Gender-Agenda für den Landfonds.

Gemäss Statistiken aus dem Jahre 1999, Gründungsjahr des FONTIERRAS, hatte Guatemala eine Bevölkerung von 11 Mio. Personen, davon waren 48.8%

Männer und 51.2% Frauen. Heute sieht die Situation ähnlich aus: Von den Frauen leben 59% auf dem Land, 48% sind Indígenas und insgesamt 20% aller Haushalte werden von Frauen unterhalten. Derweil werden 81% der Ländereien von nicht-indigenen Männern verwaltet, 13.6% von indigenen Männern und nur 5.1% von Frauen.

Die „Politik der Geschlechtergerechtigkeit“ wurde bei ihrer Präsentation weder dem Präsidenten noch dem Landwirtschaftsminister, sondern der Botschafterin des guten Willens, Rigoberta Menchú und der Präsidentengattin, Wendy de Berger (verwandt mit der Besitzerin der Finca Maria Lourdes, im Departement Quetzaltenango, auf der seit längerer Zeit ein Landstreit herrscht), überreicht. Beide versprachen, sich für die Rechte der Frauen beim Zugang zu Land einzusetzen.

Verteidigungshaushalt im Wachstum und unter der Lupe

Guatemala, 2. Sept. Mindestens 350 Mio. Quetzales (ca. US-\$ 44 Mio.) werden wohl in den nächsten Monaten dem Verteidigungsministerium zugeschoben, so der aktuelle Bericht über den Militärhaushalt, vorgelegt von der *Gruppe gegenseitiger Hilfe (GAM)* und der Vereinigung *Observatorio Ciudadano*. Gemäss GAM-Leiter Mario Polanco waren von den 880 Mio. Quetzales, die dem Ministerium für 2004 zugebilligt waren, Ende August gerade noch Q 50 Mio. übrig. Während mit dem wahrscheinlichen Zuschuss der Verteidigungsetat in diesem Jahr die Milliarden-Quetzales-Grenze überschreiten wird, werden soziale Programme wie die Unterstützung des Kaffeesektors, die Ernährungssicherung und der Wohnungsbau trotz der prekären Situation im Lande um Millionen gekürzt. Auch das Innenministerium muss finanzielle Einbussen hinnehmen, derweil anderen Abteilungen, die mit der Militärinstitution in Verbindung stehen, darunter die Staatssekretariate für Verwaltungsangelegenheiten und Sicherheit (SAAS), dem für strategische Analysen (SAE) und die Präsidentenwache, die Haushalte erhöht wurden.

Edgar Pape vom *Observatorio Ciudadano* weist darauf hin, dass das Militär in den letzten acht Jahren mehr als 6 Milliarden Quetzales ausgegeben habe, was gegen die Vorgabe der Friedensverträge verstösse. In diesen ist festgehalten, dass das Militär jährlich nicht mehr als 0.33 % des BIP zu beanspruchen habe. Dabei habe vornehmlich das Prinzip des „Militärgeheimnisses“, festgehalten im Verfassungsartikel 30, die Korruption in den Streitkräften und den dazugehörigen Institutionen stets begünstigt, so Pape. Bestes Beispiel dafür stellt das *Militärische Vorsorgeinstitut (IPM)*

dar, das allein in 2004 Q 105 Mio. zusätzlich erhielt, um die Verluste zu kompensieren, die auf die entsprechende Unterschlagung im Pensionsfond zurückzuführen waren.

Obwohl ein Gericht bereits per Urteil dieses Staatsgeheimnis im Falle des Verteidigungsministeriums aufgehoben hat, da sich die Anzeichen häuften, dass in den letzten Jahren der Etat dieses Ressorts nicht ordnungsgemäss gehandhabt wurde, weigert sich Verteidigungsminister César Méndez Pinelo derweil noch, die Akten zur Einsicht für die Staatsanwaltschaft gegen die Korruption freizugeben. Dabei beruft er sich darauf, erst einmal die Einschätzung der Legalität dieses Urteils durch das *Nationale Generalprokurat (PGN)* abwarten zu wollen. Vertreter des *Zentrums zur Verteidigung der Verfassung (CEDECON)* und drei VerfassungsrichterInnen erklärten diese ministeriale Haltung jedoch als gesetzeswidrig, die strafrechtlich verfolgt werden könne.

Nineth Montenegro von der *Allianz Neue Nation (ANN)*, die stets ein Auge auf den Verteidigungshaushalt hat, hatte Klage eingereicht, dass unter anderem im institutionellen Rahmen des im letzten Jahr unter Ex-Präsident Alfonso Portillo aufgelösten *Präsidentiellen Generalstabs (EMP)* zwischen 2001 und 2003 die Ausgaben von insgesamt 906 Mio. Quetzales legaler Basis entbehrten. Dies wurde bereits vom *Nationalen Rechnungshof (CGCN)* bestätigt und schliesslich von der Staatsanwaltschaft als Ermittlungsgrundlage akzeptiert. Die Gelder stammen aus Überweisungsentscheiden, die Portillo mittels Regierungsvereinbarungen autorisiert hatte, mit denen er jedoch unter anderem Bestimmungen in Bezug auf die

Staatsverschuldung und den Haushalt des Innenministeriums verletzte.

Nur wenige Tage nach Aufnahme der Untersuchungen meldete der Generalrechnungsprüfer Joaquín Flores España, dass bereits eine Wirtschaftsprüferin und weitere Kommissionsmitglieder, die für den Fall zuständig sind, Morddrohungen erhalten hätten. Angesichts dieser Drohungen äusserte sich Menschenrechtsprokurator Sergio Morales: „Mehr als früher beobachten wir heute mit Misstrauen das Haushaltsmanagement des Verteidigungsministeriums. Die Art des Umgangs, wie jetzt die Drohkation, hatte in der Vergangenheit den Erfolg, dass die intern begangenen Verbrechen ungestraft blieben. Deswegen fordern wir umso massiver die Transparenz im Militär und die Sicherheit für die Personen, die ihre Arbeit erledigen, wie es die WirtschaftsprüferInnen tun.“

Als konkretes Beispiel passt folgender Fall in das Bild der Millionenverluste: 2003 haben sich ersten Untersuchungsergebnissen zufolge einige Militäranghörige mittels Überweisungen der Armee persönlich begünstigt. Zu diesen gehört Enrique Ríos Sosa, Sohn von Efraín Ríos Montt, der im Laufe des Jahres 2003 für einige Monate Generalstabschef war, jedoch aus nicht explizierten Gründen zurücktrat (siehe ¡Fijáte! 293). Dieser soll sich während acht Monaten um nicht weniger als 3,4 Mio. Quetzales (US-\$ 425'000) bereichert haben. Auch Hauptmann Byron Lima Oliva, derzeit in Haft und für schuldig erklärt im Mordfall an Bischof Juan Gerardi, erscheint auf den Ermittlungsunterlagen als Geld-Empfänger von Extra-Zulagen von Seiten der Militärinstitution, die der Rechnungsprüfungshof unter die Lupe nimmt.

Aussenpolitik: G-20 und UN-Sicherheitsrat

Brasilia, 26. Aug. Aussenminister Jorge Briz Abularach verkündete auf dem XXIII. Treffen der AussenministerInnen der „Gruppe von Río“, zu der alle lateinamerikanischen Länder ausser Kuba gehören, die Entscheidung Guatemalas, sich wieder in die *G-20*, die Gruppe der Länder einzureihen, die sich gegen die Subventionen stellt, die die USA und die Europäische Union (EU) auf ihre landwirtschaftlichen Produkte gewähren. Die *G-20* gründete sich beim Gipfel der Welt handelsorganisation (WTO) im September 2003 im mexikanischen Cancún, doch aufgrund massiven Drucks von Seiten der USA und EU sahen sich, wie Guatemala, v. a. einige lateinamerikanische

Länder zum Austritt gezwungen, da die in Ausarbeitung und inzwischen zum Teil zur Ratifizierung stehenden Freihandelsabkommen in Gefahr waren. Derzeit sind Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kuba, Mexiko, Paraguay, Venezuela, China, die Philippinen, Indien, Indonesien, Pakistan, Thailand, Südafrika, Ägypten, Nigeria, Tansania und Simbabwe Mitglieder der *G-20*.

Gemeinsam nahmen die Aussenminister von Brasilien und Guatemala Stellung zu zwei anderen Themen. Sie insistierten auf der Notwendigkeit, das System der Vereinten Nationen (UNO) zu reformieren und zu revitalisieren, um zu ermöglichen, dass auch so genannten

Entwicklungsländer zu permanenten Mitgliedern werden können, damit diese internationale Instanz mehr Repräsentativität gewinne. Guatemala strebt beispielsweise einen Sitz im UN-Sicherheitsrat an.

Zudem initiierten Briz und sein brasilianischer Kollege Celso Amorim erste Gespräche für Verhandlungen in Bezug auf einen Freihandelsvertrag zwischen dem südamerikanischen Handelsbündnis MERCOSUR und Zentralamerika. Briz äusserte dabei das Interesse Guatemalas, vom Programm der Wettbewerbs-subsventionen von Importen begünstigt zu werden, das von Brasilien entwickelt wurde.